Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Haden & Comp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 12.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn monatlich 5.75 M. Einzelnummer 25 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Nonpareillezeile 1.80 M., Familienanzeigen 1.30 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 20 Pf.

Nr. 94 | Dresden, Sonnabend den 24. April 1920 | 31. Jahrg.

Maifeier in Sachsen

Zur Landesversammlung

N. Noch niemals zuvor ist die sächsische Sozialdemokratie in so gärender Zeit und so tiefernster Lage zu einer Landeskonferenz zusammengetreten wie morgen in Meißen. Kaum jemals zuvor war es schwerer, den rechten Weg zu finden als in diesen schicksalsschweren Stunden. In einer kritischen Situation, wie sie die Partei noch niemals gekannt hat, sollen Beschlüsse gefaßt werden, die uns für die Probleme und Kämpfe der nächsten Zeit, vor allem auch für die Entscheidung am 6. Juni als Richtlinie dienen sollen. Und eine einheitliche Front ist uns nötiger denn je. Denn je schwieriger die Aufgaben, je kritischer die Situation, desto größer ist das Bedürfnis für die einheitliche Marschrichtung in der Partei, unter Umständen ist es freilich dann auch am schwierigsten, sie herzustellen. Doch hoffen wir, daß nicht nur die Einheitlichkeit der Kampffront gesichert, sondern der Richtweg auch durch Beschlüsse bestimmt wird, die auf Einsicht und genügender Würdigung der gärenden Schwierigkeiten beruhen, die uns so ernste Probleme stellen.

Das Schicksal unsrer Partei wird besonders in Sachsen in hohem Maße von der Tatsache bestimmt, daß wir vor anderthalb Jahren überraschend und unvorbereitet Regierungspartei geworden sind. Das glänzende Ergebnis der letzten Volkskammerwahlen war zugleich auch der Ausgangspunkt der heutigen Schwierigkeiten und Bedrängnisse. Denn dadurch wurden wir Regierungspartei in einer Zeit schlimmsten Zusammenbruchs. Auf einem wirtschaftlichen Trümmerhaufen erstand in Sachsen die sozialdemokratische Regierung. Es war schwer zu sagen, ob daneben die Erwerbslosennot oder das Nahrungsmittelelend das schlimmere Uebel war. Dazu kam die zerrüttete Finanzlage in Staat und Gemeinden und eine Geldentwertung von niemals für möglich gehaltenem Tiefstand, die uns die unsagbar schwierigen Probleme eines Ausgleichs zwischen Arbeiterlöhnen und Beamtengehältern auf der einen und der Geldentwertung auf der andern Seite stellten. Gleichzeitig wurde die schärfste Erfassung der Nahrungsmittel ein noch dringenderes Bedürfnis wie in der Kriegszeit, ohne daß dem in den Fugen gelockerten Staate die hierzu erforderlichen Machtmittel zur Verfügung gestanden hätten. Sie waren zum größten Teil dahin, wie überhaupt die Staatsautorität unter der Einwirkung der zerrütteten Verhältnisse auf sehr schwachen Füßen stand. Aus den Nöten der Zeit erstanden stürmische Wünsche, in erster Linie an die Regierung, die helfen sollte, ohne hierzu allenthalben die Möglichkeit zu haben. Dabei wurde sie neben der staatsstreichlüsternen Reaktion auf der Rechten mit besonderem Grimme auch von den Hyperradikalen auf der äußersten Linken mit größter Schärfe bekämpft, just von einer Seite, die, ohne nach der Erfüllbarkeit zu fragen, Forderungen am schärfsten geltend machte. Streiks mit politischen Zielen und wilde Kämpfe andrer Art trugen wesentlich dazu bei, die so dringend nötige Staatsgewalt noch mehr zu unterminieren.

Unter solchen und manchen andern Schwierigkeiten hatten wir die Bürde der Regierung zu tragen und dabei Aufgaben schwerster Art zu erfüllen. Ist es unter solchen Umständen ein Wunder, daß viele Wünsche unerfüllt blieben oder nur ungenügend berücksichtigt werden konnten? Der Unwille der Unbefriedigten aber, die trotz Gehaltserhöhungen noch Mangel litten, die nur sahen, daß die Nahrungsmittelversorgung nach wie vor unbefriedigend blieb, die von einer erst ohnmächtig gemachten Regierung schärfste Demokratisierung der Verwaltung forderten, richtete sich in Verkennung der wirklichen Ursachen gegen die Männer an der Spitze des Staates, von denen man viel mehr forderte, wie sie als Konkursverwalter des Zusammenbruchs zu leisten imstande waren. Die dadurch hervorgerufene kritische Stimmung ergriff in zunehmendem Maße auch weite Kreise der Parteigenossen und führte zu Angriffen auf die Regierung, die deutlich zeigten, daß auch viele unsrer Genossen die Schwierigkeiten der Zeiten nicht so kannten, um sie bei Beurteilung der Regierungspolitik genügend würdigen zu können.

Die Wirkung dieser Gärung gestaltete die Situation immer kritischer und führte schließlich zum Rücktritt des Ministerpräsidenten und zur heutigen Regierungskrise in Sachsen. Vielleicht ist dadurch für die Verhandlungen der Landeskonferenz eine gewisse Entspannung eingetreten, aber eine Lösung der Probleme keineswegs. Sie ist nur dann in einigermaßen befriedigender Weise möglich, wenn in den Reihen der organisierten Arbeiterschaft die Erkenntnis Boden gewinnt, daß heute mehr denn je Politik die Kunst des Möglichen ist und wir uns jetzt besonders hüten sollten, Forderungen zu stellen, für die die Verhältnisse noch nicht reif sind.

Die Landesversammlung wird zur Regierungsbildung kaum direkt etwas beitragen können. Dringend zu wünschen bleibt aber, daß eine umfassende Aufklärung über Drangsale der Zeit gegeben wird, wie sie uns die zusammengebrochenen Verhältnisse gebracht haben. Denn damit wird jede Regierung zu kämpfen haben und daran scheitern müssen, wenn nicht einer besseren Einsicht dafür der Boden bereitet wird.

Aus der Staatskanzlei wird berichtet: Nach Mitteilung aus Berlin ist nicht mehr damit zu rechnen, daß die Maifeier durch die Nationalversammlung beschlossen werden wird. Es ist daher nötig, die Frage im Lande so gut als möglich zu regeln. Ein Gesetz, durch das der erste Mai zum Feiertag erhoben wird, wie es in dem soeben eingebrachten Volkskammerantrag gefordert wird, ist unmöglich geworden, da sich die Volkskammer vertagt hat. Ueberdies wäre es äußerst zweifelhaft, ob das Land noch das Recht besitzt, diese Frage von sich aus zu regeln, nachdem das Reich den Gegenstand einmal an sich gezogen hat. Unter diesen Umständen will die Regierung ihr möglichstes dazu tun, um gleichwohl eine würdige Feier des ersten Mai zu fördern. Das Gesamtministerium hat daher folgende Bekanntmachung erlassen:

Am bevorstehenden ersten Mai wird bei den staatlichen Behörden und den staatlichen Betrieben kein Dienst getan. An den Schulen fällt der Unterricht aus. Den Gemeindebehörden wird anheimgegeben, am ersten Mai ebenfalls den Dienst auszusetzen.

Damit ist die Maifeierfrage so geregelt, wie es unter den obwaltenden Umständen möglich war.

Eintägiger Generalstreik?

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 24. April. Wie wir erfahren, beabsichtigen die beiden sozialistischen Parteien und die Kommunistische Partei zum 1. Mai einen eintägigen Generalstreik durchzuführen, da der Antrag, den 1. Mai als Feiertag zu erklären, von der Nationalversammlung abgelehnt werden wird. In allen Großstädten soll die Streikparole erfolgen.

Hänisch' Mai-Verordnung

Berlin, 24. April. Für den Fall, daß eine reichsgesetzliche Regelung des Maifeiertages nicht rechtzeitig erfolgt, ordnet Kultusminister Hänisch an, es bleibt dem Ermessen der Schulverbände überlassen, ob am 1. Mai die Schule geschlossen werden soll oder nicht. In Orten, wo an gemeindlichen Schulen der Unterricht am 1. Mai ausfällt, ist er auch an staatlichen Anstalten auszusetzen. Auch an Schulen, die den Unterricht nicht aussetzen, darf keinem Lehrer und keinem Schüler aus dem Fernbleiben von dem Unterricht an diesem Tage irgend ein Nachteil erwachsen.

Deutschlands Entwaffnung

Eigene Drahtmeldung

Basel, 24. April. Die Alliierten sind sich nach vorliegenden Berichten aus San Remo darüber einig, daß die Entwaffnung Deutschlands bis zum 30. Mai durchgeführt werden müsse. Alle bewaffneten Organisationen, die nicht der Reichswehr oder der alten Polizei angehören, sind restlos zu beseitigen. Von amtlicher Stelle erfahren wir, daß die Note der Entente über die Entwaffnung Deutschlands, die noch nicht eingetroffen ist, folgende Bedingungen enthält: Zunächst wird von Deutschland die Abgabe einer bestimmten Menge Waffen verlangt, und zwar in erster Linie die von der Reichswehr, Einwohnerwehr und den Volkswehren. Ferner soll Deutschland die auf den Gütern versteckten Waffen beschlagnahmen und der Entente übergeben. Man hofft, daß auf Grund von Verhandlungen die Stärke der Reichswehr auf 200 000 Mann belassen wird.

Ein Geschützpark der Gegenrevolution?

Eigener Drahtbericht

Leipzig, 24. April. Die heutige Morgenausgabe der Leipziger Neuesten Nachrichten bringt aus Basel eine sensationelle Meldung, in der es u. a. heißt: Die Deutsche Tageszeitung stellt fest und wir können bestätigen, daß es damit wirklich seine Richtigkeit hat, daß am Donnerstag an amtlicher Stelle ausländischen Journalisten erklärt worden ist, in Stettin seien nicht weniger als 250 Geschütze beschlagnahmt worden, die zur Organisation der Gegenrevolution dienen sollten. Wie das Blatt weiter ausführt, soll an der ganzen Geschichte kein wahres Wort sein. Es macht die Regierung für die Folgen verantwortlich, die sich im Lager der Alliierten auf diese sensationelle Meldung hin bald geltend machen werden.

Eine der Hauptaufgaben der Landesversammlung ist es auch, den Boden für die kommenden Wahlen vorzubereiten und den Aufmarsch dazu einheitlich zu gestalten. Aus unsern Schilderungen hat sich bereits ergeben, daß wir mit Widerwärtigkeiten verschiedenster Art bei diesen Wahlen zu kämpfen haben, aber wir ziehen mit reinem Schild in den Kampf und mit dem Bewußtsein, das Beste für das Volk gewollt und getan zu haben, soweit uns die widrigen Zustände auf den Trümmern der Zeit das zuließen. Wie die Wahlen nun auch ausgehen mögen, sie werden eine Probe für die Reife des Volkes sein.

Hoffen wir, daß der Aufmarsch für den großen Entscheidungskampf in Meißen in befriedigender Weise vorbereitet wird, daß es gelingt, alle Meinungsverschiedenheiten zum Schweigen und die Einheitsfront im Kampfe für die Erhaltung der Demokratie und die Sozialisierung des Wirtschaftslebens nicht nur sicherzustellen, sondern unerschütterlich und unüberwindbar zu machen. Möge dieses Bemühen die Verhandlungen in Meißen beleben, möge ihr Blick vorwärts gerichtet und von dem Willen geleitet sein, die Zukunft günstig für uns zu gestalten. Von dieser Hoffnung beseelt, rufen wir den Abgesandten der Partei aus Sachsens Gauen zu:

Seid gegrüßt an der Elbe Strand,
Ein Glückauf zur ernsten Beratung!

Der Geist macht lebendig!

Die Demokratisierung der Verwaltung wird auf der Meißner Landeskonferenz lebhaft besprochen werden. Der folgende Artikel, der dazu Anregungen gibt und sich im allgemeinen mit unsrer Auffassung deckt, geht uns von leitender Seite der sozialistischen und demokratischen Beamtenschaft zu.

Die Forderung der Demokratisierung der Verwaltung, die heute im Vordergrund des Interesses steht und auch auf der sozialdemokratischen Landesversammlung eine Rolle spielen dürfte, wurde bereits kurz nach der Revolution erhoben. Vor allem wurde sie auch von den freiheitlich gesinnten Beamten lebhaft vertreten, denn sie hatten ja in erster Linie die Erkenntnis gewonnen, wie reaktionärer Dünkel und Kastengeist jederzeit bereit sind, demokratische Reformbestrebungen zu erdrosseln. Doch die Aufgaben, die die neue Regierung lösen, und die inneren Nöte, die sie beseitigen sollte, wuchsen ins Riesenhafte. So geschah es, daß die so notwendige Durchlüftung des Verwaltungsapparates allmählich ins Hintertreffen kam. Das war ein Fehler, der sich im Laufe der Zeit manchmal gerächt hat. Es gibt noch so manche Amtsstube, in die kein Luftzug wahren sozialen Geistes gedrungen ist. Die Herren, die dort in ihrem kurulischen Stuhl thronen, sind so empfindlich gegen den frischen demokratischen Luftzug und setzen der Durchdringung der Verwaltungskörper mit sozialistischem Geiste mehr oder weniger aktiven und passiven Widerstand entgegen. Gewiß, es gibt auch Herren, die ganz gern dem Geiste der neuen Zeit Rechnung tragen möchten, aber einesteils wollen sie bei ihren reaktionären Kollegen nicht anecken und anderseits glauben sie, es könnte noch einmal eine Auferstehung des alten Staates geben, und dann — dann möchten sie nicht dabei gewesen sein.

Von solchen Beamten ist also nichts oder nicht viel für eine Demokratisierung der Verwaltung zu hoffen. Geschehen muß aber etwas, denn die paar sozialistischen Minister und die paar sozialistischgesinnten Männer, die man in hervorgehobene Stellen der Verwaltung setzte, machen den Kohl nicht fett. Kapp und Genossen war es vorbehalten, die wirklich demokratisch Empfindenden mit der Nase darauf zu stoßen, was versäumt war und was schleunigst nachzuholen ist. Der Kapp-Putsch hat gezeigt, was übrigens die Kenner der Verhältnisse in der Beamtenschaft schon vorher gewußt hatten, daß mit reaktionären Führern und Vorgesetzten in der Beamtenschaft keine Demokratisierung der Verwaltungen zu erreichen sei. Zwar ist ja von der Regierung der Beamtenschaft nach der Niederwerfung des Aufstandes der Kappisten der Dank für die bewiesene Verfassungstreue ausgesprochen worden. Was ein verständnisinniges Lächeln bei vielen Beamten hervorrief, weil sie genau wußten, was es mit dieser gepriesenen Verfassungstreue so mancher Beamten für eine Bewandnis hat. An den Putschtagen konnte man verschiedentlich freudig glänzende Gesichter in den Aemtern sehen. Diese Herren wagten nur nicht, sofort offen zu Kapp abzuschwenken. Sie wollten erst sehen, was aus dem Rummel wurde, denn Vorsicht war auch hier der bessere Teil der Tapferkeit. Man blieb „neutral". Jedenfalls haben die Putschtage gezeigt, wie notwendig es ist, endlich ernsthaft an die Demokratisierung der Verwaltung heranzugehen. Sie kann aber nur mit wirklich demokratisch gesinnten Männern gemacht werden. Daß sich früher durchaus nicht demokratisch empfindende höhere und mittlere Beamte jetzt „auf den Boden der Verhältnisse" gestellt haben, ist durchaus kein Beweis dafür, daß sie auch die Demokratie wirklich wollen.

Es ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache, daß nicht nur sozialistisch gesinnte Bevölkerungsteile, sondern auch weite Volkskreise, die dem Sozialismus an sich ablehnend gegenüberstehen, entschieden eine Demokratisierung der Verwaltungsbehörden fordern. Die besten Gesetze verfehlen ihren Zweck, wenn sie von Bureaukraten ausgeführt werden, und der bureaukratische Mechanismus in den Verwaltungen verkehrt heute meist, absichtlich oder unabsichtlich, den Willen der Regierung zur Demokratie in das Gegenteil. Verordnungen und Gesetze können im besten Sinne sozial sein, sie erfüllen ihren Zweck nicht, oder doch nur unvollkommen, wenn die berufenen ausführenden Organe nicht mit dem notwendigen sozialen Geiste erfüllt sind. Auch hier gilt das Wort: Der Geist macht lebendig!

Will man den ganzen Verwaltungsapparat von den Ueberlieferungen des alten Obrigkeitsstaates befreien, muß man notwendigerweise Männer, die von dem Geiste der neuen Zeit durchdrungen sind, an führende Stellen bringen. Das ist nicht so leicht, wenigstens nicht so leicht, wie sich das mancher denkt. Aber irgendwie muß der neue Geist mehr spürbar werden als bisher. Nur kann man es nicht mit Beamten erreichen, die mit allen Fasern ihres Seins im vergangenen Obrigkeitsstaate wurzeln, darüber muß man sich klar sein. Daß diese Beamten den Eid auf die neue Reichsverfassung geleistet haben, bietet durchaus keine genügende Gewähr. Denn es gibt genügend Fälle, wo sich solche Beamte mehr oder weniger offen für die Aufrechterhaltung des alten Systems eingesetzt haben. Da hat z. B. der Direktor der Strafanstalt in Zwickau Militäranwärtern die Anstellung nach Ableistung der Probedienstzeit verweigert, weil sie der Sozialdemokratischen Partei angehören. Dienstlich konnte der Herr nichts gegen die Leute vorbringen. Das ist ein Fall von vielen. Solche Beamte müssen von leitenden Stellen entfernt und diese müssen von Männern besetzt werden, die wirklich

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19200424/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG